

## **Entscheidungsvorlage:**

### **2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten**

**Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.12.2015**

#### **1. Nürnberg nachhaltig – die Positionierung der Stadt Nürnberg zur Agenda 2030**

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs - Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen, wurden im September 2015 in New York von der UN-Generalversammlung beschlossen. Sie werden auch als Post 2015-Agenda oder 2030-Agenda bezeichnet. Sie setzen eine Entwicklung fort, die 1992 mit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio de Janeiro begonnen hat. In Nürnberg wurde der Auftrag von Rio, der sich auch schon an die kommunale Ebene richtete, mit dem Auftakt zum Lokalen Agenda Prozess 1997 aufgegriffen. Die Stadt Nürnberg trat mit Beschluss des Stadtrats vom 3. Mai 1995 der (am 27. Mai 1994 in Aalborg/Dänemark unterzeichneten) „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ bei und verpflichtete sich damit zur Unterstützung eines Prozesses der Lokalen-Agenda-21. Im weiteren Gang wurden sechs Runde Tische und zahlreiche Agenda-Projektgruppen gegründet und zum Teil wieder beendet. Im Moment gibt es 30 aktive Gruppen. Nürnberg ist eine der wenigen Städte in denen die Agenda 21 noch lebendig ist. Ein ausführlicher Bericht dazu wurde im Umweltausschuss am 01.02.2017 vorgelegt.

Für die Jahre von 2000 bis 2015 wurden von den Vereinten Nationen die acht Millenium-Entwicklungsziele, kurz MDGs (Millenium Development Goals), beschlossen, die sich in erster Linie an die Entwicklungsländer richteten. Im Vergleich zur Konferenz von Rio fanden die MDGs auf lokaler Ebene nur einen recht schwachen Wiederhall. Das Referat für Umwelt und Gesundheit beteiligte sich an dem EU-Projekt „Local Action for MDGs“ unter Federführung des Klimabündnisses der Europäischen Städte mit unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktivitäten. Aus Projektmitteln konnte die 2. Klimaschutzkonferenz der Metropolregion Nürnberg im Juli 2015 mit finanziert werden.

Nach einem langen internationalen Diskussionsprozess hat die UN-Generalversammlung im September 2015 als Nachfolgeprojekt zu den Millenium Entwicklungszielen 17 Nachhaltige Entwicklungsziele (Anlage 1) mit 169 Unterzielen beschlossen, die sich sowohl an Entwicklungs- wie auch an Industrieländer richten. Ziel ist nicht mehr, Veränderungen allein im globalen Süden herbeizuführen, sondern es geht um eine neue Perspektive sowie eine neue Balance in allen Teilen der Welt, egal ob Entwicklungs-, Schwellen- oder Industrieländer. Für eine gerechtere Welt ist auch der Wandel des Nordens notwendig. Als eine Besonderheit richtet sich Ziel 11 direkt an die Städte: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“. Damit werden weltweit Kommunen als eigenständige Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar. In den Unterzielen zum „Stadtziel“ haben die Vereinten Nationen weitere Themenfelder bereits definiert: es geht um erschwinglichen Wohnraum, nachhaltige Transport- und Verkehrssysteme, inklusive nachhaltige Urbanisierung, Katastrophenschutz, Abfallmanagement und Umweltschutz. Dieses Ziel ist sicherlich das wichtigste für die Kommunen, aber zum Beispiel auch die Ziele 3, 7, 9 und 13 (Gesundes Leben für alle; Zugang zu nachhaltiger, moderner Energie; widerstandsfähige Infrastrukturen; Bekämpfung des Klimawandels) beinhalten Themen, die weltweit von großer Bedeutung für Kommunen sind.

Die 17 Ziele und 169 Unterziele der Vereinten Nationen sprechen unterschiedliche Ebenen und Akteure an. Während sich die Ziele 1, 2, 8 und 14 (Armut und Hunger beenden, Nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern und Meere erhalten) in erster Linie an die nationalstaatliche Ebene richten und Punkt 11 sich direkt an die Kommunen wendet, sind bei den meisten anderen Zielen Unterziele formuliert, die sich an viele Ebenen und Akteure wenden und oft mit einem Teil der Punkte auch die kommunale Ebene betreffen. Wenn eine Stadt

sich engagiert den Nachhaltigen Entwicklungszielen widmen will, muss sie sich auf jeden Fall auch mit den Unterzielen eingehend beschäftigen.

In vielen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung arbeitet die Stadt Nürnberg schon lange und hat Vieles erreicht, z. B. bei Ziel 4 „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten“ oder bei Ziel 6 „Nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung“ oder Ziel 7 „Zugang zu bezahlbarer ... nachhaltiger Energie für alle sichern“. Die Stadt Nürnberg nimmt die Frage einer nachhaltigen Entwicklung schon seit langem ernst und hat eine Nachhaltigkeitsberichterstattung erarbeitet, die es mithilfe von Monitoring durch das Statistische Amt ermöglicht, Entwicklungen im Blick zu haben und Trends zu erkennen. Im Juli 2016 wurde der 3. Nachhaltigkeitsbericht mit einem Schwerpunkt zu integrierter Stadtentwicklung und Flächennutzung in den Stadtrat eingebracht. Nachhaltige Entwicklung wird in Nürnberg als Kommunale Querschnittsaufgabe verstanden, die alle Bereiche der Verwaltung inklusive der Tochterunternehmen betrifft. Nürnberg hat, wie es der Begriff Nachhaltigkeit erfordert, in vielen Bereichen gute Ansätze im Sinne der SDG entwickelt und Projekte vorangebracht. Als einige Beispiele seien Klimaschutz-Fahrplan, Handbuch Klimaanpassung, die Aktivitäten der BioMetropole, der Bildungsbericht und die daraus erwachsenen Maßnahmen, der integrative Ansatz des Bündnis für Familie, das Integrationsprogramm und die integrierten Stadtteilentwicklungskonzepte genannt.

Diese Leistungen von Stadt und Bürgerschaft in Nürnberg sind mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2016 in der Kategorie Großstädte gewürdigt worden. Überzeugt hat die Jury bei Vergabe des Preises insbesondere die große Bandbreite von Nachhaltigkeitsinitiativen in Nürnberg. Sie sagt dazu: „Die Stadt Nürnberg in Mittelfranken überzeugt mit breitem Nachhaltigkeitskonzept als Zugpferd in der Metropolregion. Wichtige Themen sind Umweltschutz und Bildung. Die offene Kooperation in der fränkischen Region gilt als bundesweit vorbildlich. Die Stadt ist BioMetropole, ENERGIEregion und Recycling-Hauptstadt. Ein breit aufgestellter Vorreiter in Sachen Zukunft also – der die Augen vor der Vergangenheit nicht verschließt. Die Aufarbeitung der eigenen Rolle im Dritten Reich mit dem Nürnberger Menschenrechtspreis sensibilisiert auch für die aktuelle Integrationsaufgabe.“ Ungeachtet solcher Erfolge gibt es in vielen Bereichen noch Defizite bei der Nachhaltigkeit.

Für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele sind neben dem Referat für Umwelt und Gesundheit auch alle anderen Geschäftsbereiche der Stadt Nürnberg angesprochen - ebenso die Tochterunternehmen der Stadt. Diese werden gebeten, sich mit den Sie betreffenden Zielen und Unterzielen auseinanderzusetzen und Vorschläge zu erarbeiten, wo die Aktivitäten der Stadt verstärkt werden können bzw. wo Neues aufgegriffen werden soll. Bei der Bearbeitung der SDGs muss es über die Entwicklung von Konzepten hinaus auch um das Herauskristallisieren konkreter Projekte oder Maßnahmen und um deren Umsetzung gehen.

Auf der Bundesebene arbeiten Oberbürgermeister und Umweltreferent im Rat für Nachhaltige Entwicklung mit. Dieser wird sich intensiv mit den 17 SDG beschäftigen und seine künftige Arbeit daran ausrichten. Auf Veranlassung der am Dialog „Nachhaltige Stadt“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung beteiligten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ist ein strategisches Dokument erarbeitet worden, das den Titel trägt „Städte auf Kurs Nachhaltigkeit – Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten“. Teil dieses Dokuments ist ein Statement der Oberbürgermeister-Initiative, das auch diesem Bericht beigelegt ist (Anlage 2).

Die Bundesregierung hat beschlossen, sich bei der Gliederung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der zugehörigen Berichterstattung von nun an an den 17 Zielen zu orientieren. Das Referat für Umwelt und Gesundheit prüft, ob wir die Gliederung des Nürnberger Nachhaltigkeitsberichtes ebenfalls an die SDGs anlehnen.

Der Deutsche Städtetag hat sich mit dem Thema bereits intensiv beschäftigt und eine Handreichung für Kommunen entwickelt, auf die im Antrag der grünen Fraktion Bezug genommen

wird. Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat die vom Städtetag formulierte Musterresolution zu beschließen (Anlage 3).

Schließlich ist auch auf Ebene des Freistaats Bayern, getragen vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., ein Dialogprozess zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung angestoßen worden. In den daraus entstandenen „Bayerischen SDGs“ wird versucht, konkrete Aktivitäten anzustoßen - ganz aktuell auch unter Überschriften wie: „Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlingen helfen“, „Globale Partnerschaften“ oder „Umwelt / Klima / Klimagerechtigkeit / Ressourceneffizienz“. Fragen des Lebensstils werden darin genau so thematisiert wie kommunale Beschaffungspraktiken oder unternehmerische Verantwortlichkeit.

Es liegen zu dem Themenkomplex SDGs bereits umfangreiche Ausarbeitungen, Empfehlungen und Einschätzungen vor. Es muss nun darum gehen, in das Leben der Stadt das Konzept der Nachhaltigkeit einzuflechten – schließlich geht es ja darum, den Alltag im privaten wie im öffentlichen Bereich schrittweise so umzugestalten, dass das städtische Leben in seinem Ablauf sich dauerhaft entfernt vom Modell der „Durchflussökonomie“ hin zu einer dauerhaft regenerationsfähigen stofflichen Kreislaufwirtschaft – und das in einem gesellschaftlichen Kontext, der solidarisch, inklusiv, offen und frei gestaltet ist. Bildung und kulturelle Aktivitäten tragen über alle Formen des Lernens, diskursiven Erfahrens und Vermittelns in zentraler Funktion zur nachhaltigen Entwicklung bei.

## **2. Vorschläge des Städtetags zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030**

Um über die programmatische Zielbenennung einer an der Agenda 2030 orientierten kommunalen Nachhaltigkeitspolitik hinaus zu kommen, bedarf es konkreter Maßnahmen. Aus den Diskussionen der Fachgremien des Deutschen Städtetags gingen dazu Handlungsvorschläge hervor, die zum Auftakt auch für die Arbeit in Nürnberg einen Rahmen setzen können. Die drei darin genannten Handlungsfelder sind:

### **a) Information und Bewusstseinsbildung**

- *Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Dritten mit dem Ziel, Informationen über die SDGs in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen. Insbesondere die für ihr Gebiet zuständigen Volkshochschulen, Bildungswerke und Verwaltungsakademien bitten, Informationsangebote zur 2030-Agenda und den nachhaltigen Entwicklungszielen anzubieten.*

Dazu sind bereits 2015/16 unter dem Titel „Weichenstellungen“ vier Veranstaltungen gemeinsam von Mission Eine Welt, der Caritas Pirkheimer- Akademie und dem Referat für Umwelt und Gesundheit durchgeführt worden. Bei der Veranstaltung im Oktober 2015 waren Stadträte zu einer ersten Diskussion, was die SDGs für die Kommunen bedeuten, eingeladen. Insgesamt wurde deutlich, dass die neuen Ziele noch wenig bekannt sind. Insofern wäre es sinnvoll mit Kirchen, NGOs und verschiedenen städtischen Einrichtungen an diesem Thema weiterzuarbeiten und gemeinsame Veranstaltungen anzubieten. Auch der Bildungscampus ist prädestiniert mit seinen beiden Einheiten Bildungszentrum und Stadtbibliothek vielfältige Angebote zur Information der Bevölkerung zu entwickeln.

- *Darstellung/Einbringung in Diskussionen, wie anhand von Praxisbeispielen oder entsprechenden Ratsvorlagen, Entwicklungsziele der UN auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Beispielhaft sei hierfür das kommunalrelevante Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ genannt.*

Im Folgenden zwei Beispiele, wo die Verwaltung schon im Sinne der SDGs handelt: Ziel 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ am Beispiel des Umgangs mit Flüchtlingen.

Viele der Flüchtlinge, die in den letzten zwei Jahren in Nürnberg angekommen sind, haben eine monate-, oft sogar jahrelange Flucht hinter sich. Viele haben Schreckliches erlebt, haben Freunde oder Angehörige verloren. Viele sind nach traumatischen Erfahrungen im Heimatland und während der oft langen Flucht körperlich und seelisch erschöpft. Zusammen mit einem schnell zusammengestellten internationalen Team aus Kollegen und medizinischem Fachpersonal haben Ärzte des Gesundheitsamtes während der „Flüchtlingswelle“ 2015 die Ankommenden untersucht und geimpft - unterstützt von vielen ehrenamtlichen Helfern. Aus den chaotischen Anfängen in Notunterkünften und Zelten ist inzwischen ein routinierter Praxisbetrieb entstanden. Heute stehen moderne Praxisräume zur Verfügung, in denen drei Ärzte, Krankenschwestern und medizinisches Fachpersonal die Flüchtlinge betreuen, von der Erstuntersuchung bis zur hausärztlichen Basisversorgung. Der Gesundheitsausschuss sprach sich positiv für das Modell einer „Schwerpunktpraxis Asyl“ aus. Da viele der Menschen, die bei uns ankommen, schwer traumatisiert sind, hat das Gesundheitsamt inzwischen begonnen, bei der Erstuntersuchung auch ein psychiatrisches Screening durchzuführen. Mittelfristig soll eine Trauma-Fachstelle etabliert werden.

Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“

In Nürnberg sind Rat und Verwaltung der Meinung, dass Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert nicht mehr erster Linie eine Frage der baulichen Entwicklung ist und verfolgen deshalb seit Jahren den Weg einer integrierten Stadtentwicklung. Dazu gehört es ebenso, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, ein gesundes Wirtschaften zu ermöglichen oder eine stadt- und menschengerechte Mobilität zu fördern. Die ersten vier InSEKs für Teilbereiche der Stadt (Weststadt, Südstadt, Altstadt und Nürnberg am Wasser) definieren für bestimmte räumliche Schwerpunkte konkrete Maßnahmenpakete, deren schrittweise Umsetzung Ziel der Nürnberger Stadtentwicklung ist. Wenn es gelingt, diese Maßnahmen umzusetzen und den Ansatz auf andere Bereiche auszudehnen, ist Nürnberg auf gutem Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

- *Bestandsaufnahme von vorhandenen Themen/Maßnahmen der Kommune, die in besonderem Zusammenhang mit globalen Nachhaltigkeitsstrategien stehen.*

Eine solche Bestandsaufnahme ist sinnvoll. Die intensive Menschenrechtsarbeit, die zahlreichen lebendigen Städtepartnerschaften, die interkulturelle Arbeit des KuF, Projekte wie die Kommunale Klimapartnerschaft mit San Carlos oder die technische Zusammenarbeit mit Nablus im Bereich der Abfallwirtschaft sind vorbildlich und könnten kommuniziert über die UN oder den Städtetag für andere ein Vorbild sein.

## **b) Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung**

- *Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses bestehend aus lokalen Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen sowie lokal/regional engagierten NGOs, um die 2030-Agenda und die damit einhergehenden SDGs breit zu verankern.*

Die Frage ist, ob ein so breites Bündnis in einer Großstadt wie Nürnberg Sinn macht. Es gibt bereits eine Reihe von Bündnissen (z.B. Bildungsbeirat, Runder Tisch Menschenrechte, Lokale Agenda 21, Integrationsrat), die Aufgabenbereiche der SDG berühren. Ein Bündnis, das alle genannten und darüber hinausreichenden Organisationen beinhaltet, würde sehr groß und unübersichtlich geraten. Beim Auftakt zum lokalen Agenda 21 Prozess in Nürnberg wurde mit einigem Erfolg versucht ein breites Bündnis zu schmieden, aber im Laufe der Jahre bröckelten viele Akteure und Organisationen wieder ab. Es bedeutet einen erheblichen Aufwand und Input einen solchen Prozess sinnvoll am Arbeiten und Laufen zu halten. Die Verwaltung schlägt stattdessen vor, dass die Stadt bald zu einer Auftaktveranstaltung einlädt, um einen Diskurs in der Zivilgesellschaft zu den SDGs

anzustoßen. Im Folgenden sollte einmal im Jahr eine weitere Veranstaltung mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Kooperationspartnern stattfinden.

- *Mitwirkung in regionalen/nationalen Nachhaltigkeitsnetzwerken*

Oberbürgermeister und Umweltreferent wirken im Rat für Nachhaltigkeit der Bundesregierung und in verschiedenen Gremien der Metropolregion Nürnberg mit. Dr. Pluschke ist über das Umweltforum von Eurocities und das Klimabündnis europäischer Städte europäisch vernetzt.

- *Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der UN, um kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.*

Dies bedeutet möglicherweise eine Überforderung der einzelnen Kommunen. Städte und Gemeinden sind über ihre Interessensvertretungen wie z. B. den Städtetag oder den Rat der Gemeinden Europas auch international vernetzt. Eine direkte Mitwirkung auf dieser Ebene erfordert entsprechendes Personal.

### **c) Übertragung der 2030-Agenda auf die kommunale Ebene**

- *Bestehende oder neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit einem oder mehreren der 17 SDGs in Zusammenhang bringen und national und international sichtbar machen.*
- *Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankern und besonderes Augenmerk verleihen (z.B. SDG Nr. 11).*

Diese Fragen sollen in den betreffenden Geschäftsbereichen diskutiert werden. Könnten z.B. das Bündnis für Familie, das Integrationsprogramm oder der Menschenrechtspreis mit den dazu gehörigen Aktivitäten als Modell, Maßnahme oder Strategie im Sinne des Städtetags national oder international vermittelt werden?

- *Sich dafür einsetzen, dass auch in allen kommunalen Handlungsfeldern wie zum Beispiel auch bei kommunalen Eigenbetrieben und der Kommunalwirtschaft, Schulen oder bei der kommunalen Wohnraumversorgung Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden (z.B. SDG Nr. 4, 9, 7, 13).*

Diese Fragen müssen in den betreffenden Ämtern und Eigenbetrieben diskutiert und werden.

- *Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissenstransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. SDG Nr. 17).*

Ob die Stadt Nürnberg über die schon bestehenden Partnerschaftsstrukturen und Kooperationen hinaus, weitere Verbindungen eingehen will, muss in Verwaltung und Stadtrat diskutiert werden. Durch eine auf zwei Jahre befristete Stelle bei IB sollen diese Fragestellungen untersucht werden (KEPOL-Projekt).

- *Einbeziehung der Potentiale von Migrantinnen und Migranten als Brückenbauer zu ihren Herkunftsländern, auch mit dem Ziel, Lebensperspektiven in den Herkunftsländern zu verbessern (SDG Nr. 17).*

Das ist ein Ansatz, der in Nürnberg schon zum Teil umgesetzt wird, aber noch verstärkt umgesetzt werden kann.

- *Ausbau einer Willkommenskultur im Zuge der wachsenden Zuwanderung nach Europa (SDG Nr. 17)*

Es gibt eine Vielzahl von Aktivitäten, die in Richtung „Willkommenskultur“ gehen und in den Gremien der Integrationspolitik und in der Kommission für Integration diskutiert werden. Bei der anstehenden Überarbeitung der „Leitlinien zur kommunalen Integrationspolitik“ könnte dieser Akzent geschärft werden.

Im Laufe des Jahres 2016 haben sich nach dem Städtetag verschiedene Organisationen mit den SDGs beschäftigt; eine Reihe von Konferenzen und anderen Angeboten zur Unterstützung für eine konstruktive Beschäftigung mit den SDGs wurden und werden angeboten. Als eine der ersten Akteure hat sich das Bayerische Eine Welt-Netzwerk damit auseinandergesetzt und ein auf eine Umsetzung in Bayern angelegtes Papier vorgelegt, das auch für Nürnberg wichtige Punkte enthält.

Die dreißig Erstunterzeichnenden der Städtetags-Resolution haben sich getroffen und ausgetauscht. Der jährlich stattfindende Zeitzeichen-Netzwerkkongress für kommunale Nachhaltigkeit und Tagung und Workshops von Engagement Global haben sich damit beschäftigt.

### **3. Weiteres Vorgehen**

Allen ist bewusst, dass es für die kommunale Ebene nicht einfach ist, sich einem komplexen Gebilde wie den SDGs, das dazu noch 169 Unterziele beinhaltet, zu stellen. Wichtig ist, dass sich Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Verwaltungen und Regierungen darüber verständigen, wie dies geschehen soll. Anlage 1 enthält den Beschluss der UN-Generalversammlung vom 25.09.2015 mit den vollständigen Zielen und Unterzielen als Anhang. Die Musterresolution des Städtetags, die inzwischen schon von vielen Kommunen verabschiedet wurden, transportiert die klare Aussage für jede Stadt, dass sie sich den Zielen verpflichtet fühlt. Die Maßnahmenvorschläge des Städtetags enthalten Anregungen für erste konkrete Umsetzungen. Darüber hinaus muss jede Stadt ihre eigene Herangehensweise entwickeln und die Entscheidung treffen, welche Maßnahmen und Strategien in ihrem Wirkungsbereich für eine nachhaltigere Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 ergriffen werden sollten. Wünschenswert ist, dass sich alle Geschäftsbereiche mit den Inhalten der 17 SDGs und ihrer Unterziele auseinandersetzen und identifizieren, wo sie angesprochen sind und welches die dringlichsten Maßnahmen in ihrem Handlungsspielraum sind. Die Bereiche Schule, Stadtentwicklung/ Stadtplanung und Verkehr, Soziales und Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit, aber auch Kultur und Bildung werden in besonderem Maße angesprochen.

Das Amt für Internationale Beziehungen hat bei der Servicestelle Kommunen für die eine Welt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Stelle für die Koordination kommunaler Entwicklungspolitik beantragt, die vor kurzem besetzt wurde. Diese für zwei Jahre laufende Stelle wird aus dem Programm „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik - Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen“ zu 100 Prozent finanziert, da auf nationaler Ebene die Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der SDGs als sehr wichtig eingeschätzt wird. Die Stelle wurde mit dem Ziel beantragt, ein Konzept für die kommunale Entwicklungspolitik in Nürnberg zu erarbeiten. In diesem Rahmen soll auch eine Bestandsaufnahme entwicklungspolitischer Aktivitäten der Stadt gemacht und Vorschläge für eine stringenteren Organisation der entsprechenden Aktivitäten erarbeitet werden.

Auch der Dialog mit den Migrantenorganisationen mit Afrikabezug soll intensiviert werden, was vor dem Hintergrund des Antrags der drei Fraktionen „Das Thema Afrika anpacken“ zu-

sätzlich sinnvoll ist. Für Ende November ist ein moderierter Auftaktworkshop mit allen relevanten Vertretern der Zivilgesellschaft (African Community und in Afrika Engagierte), der politischen und der Verwaltungsebene geplant.

Außerdem soll in den nächsten zwei Jahren an einer beispielhaften Umsetzung der SDGs in vier Bereichen (Umwelt, Kultur, Menschenrechte und Internationale Beziehungen; wird noch präzisiert) der Stadt gearbeitet werden. Dabei sollen Erfahrungen für die Arbeit der anderen Dienststellen mit den SDGs gemacht werden. Es ist sehr hilfreich, dass diese Stelle zur Verfügung steht, denn viele inhaltliche Themen von kommunaler Entwicklungspolitik bis zur Agenda 2030 gehören inhaltlich zusammen.

Im ersten Quartal 2018 wird ein Workshop für die Verwaltung angeboten, sowohl für die genannten Bereiche, die intensiver daran arbeiten werden, als auch für alle Interessierten anderer Bereiche der Verwaltung. Es wird ein Einblick in die Arbeit mit den SDGs gegeben und Best-practice Beispiele aus anderen Städten vorgestellt werden.

Das Referat für Umwelt und Gesundheit hat sich entschieden, als Einstieg in die Diskussion das Thema im Umweltausschuss zu behandeln. Sobald die angestrebte Verbreiterung der Arbeitsbasis und eine Initiierung konkreter Aktivitäten unter Bezug auf die SDG auf den Weg gebracht ist, bietet es sich an, weitere Fachausschüsse und den Stadtrat damit zu befassen.

### **Gutachten des Umweltausschusses**

Der Umweltausschuss empfiehlt eine Behandlung der SDGs im Stadtrat. Der Stadtrat entscheidet über das weitere Vorgehen und die Integration der Entwicklungsziele in das Handeln der Stadt.

Der Umweltausschuss fordert die Geschäftsbereiche auf, sich mit den sie betreffenden Zielsetzungen der SDGs und ihren Unterzielen auseinanderzusetzen und Maßnahmen zu entwickeln.

Der Umweltausschuss unterstützt die vom Städtetag vorgeschlagene Resolution und bittet den Stadtrat, diese zu beschließen.